

Hauptsache Haltung

Von
kleinkarierten
Besserwissern
im Strebergarten



HANS-DIETER
RIEVELER

FIFTYFIFT

FIFTYALF

Hans-Dieter Rieveler

HAUPTSACHE HALTUNG

FIFTYALFIF

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-946778-57-8

1. Auflage 2025

© Fiftyfifty Verlag Imprint der Buchkomplizen GmbH,
Siemensstr. 49, 50825 Köln

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Gutenbergstr. 8,
93051 Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort 7

Einführung: Die Moralelite – Geld spielt keine Rolle 9

An ihrer Sprache sollt ihr sie erkennen 37

Just say it in Denglisch 39

Gendern als Glaubensbekenntnis 45

Gute Wörter, böse Wörter 59

Die Macht der Narrative 80

Kampf um die Deutungshoheit 89

Identitätspolitik statt Klassenkampf 99

Identitätspolitik als Beruf und Berufung 100

Jeder kämpft für sich allein 108

Frauen sind wundervoll und immer die Opfer 121

Migranten als Proletariatsersatz 150

Jeder will mal Opfer sein 171

Die Verlierer im Opferwettbewerb 178

Kampf gegen rechts 189

Paradies auf Erden 195

Anmerkungen 201

Vorwort

Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum die Grünen so viel Hass auf sich ziehen? Oder hassen Sie vielleicht selbst die Grünen? Es gibt tatsächlich viele Gründe dafür, so wie es noch viel mehr Gründe dafür gibt, die AfD zu hassen. Hass ist jedoch ein destruktives Gefühl. Es vernebelt das Denken und erschwert das Verstehen. Nein, die Grünen sind nicht an allem schuld. Und sie führen auch nicht nur Böses im Schilde. Was sie und die ihnen nahestehenden Sozialdemokraten und Linken allerdings vom konservativen und wirtschaftsliberalen Lager unterscheidet, ist die Neigung, politische Positionen moralisch statt sachlich zu begründen, vom Heizungsgesetz bis zur »feministischen Außenpolitik«. Wer sich selbst bei jeder Gelegenheit als Moralapostel aufspielt, muss sich an seinen eigenen Maßstäben messen lassen.

Die Gewohnheit, den Einsatz für sich selbst und seinesgleichen als Kampf für eine bessere Gesellschaft auszugeben, haben die sogenannten Linksliberalen indes nicht exklusiv. Man denke nur an die Mär vom Trickle-down-Effekt, der besagt, Steuersenkungen für die Reichen führten zu mehr Investitionen und kämen so am Ende allen zugute. Bei den Linksliberalen fällt die Heuchelei nur mehr auf. So etwa, wenn sie neben politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen auch Wirtschaftsflüchtlinge in Deutschland willkommen heißen wollen – und zugleich versuchen, den Begriff »Wirtschaftsflüchtling« aus dem Wortschatz zu verbannen, damit es keiner merkt. Oder wenn sie von Vielfalt schwärmen, ihre eigenen Kinder aber auf eine Privatschule mit geringem Migrantenanteil schicken.

Vor allem aber, wenn sie Toleranz predigen und Andersdenkende pauschal als Demokratie- oder Menschenfeinde abstempeln.

Es sind solche und viele weitere Widersprüche, die neben berechtigten Einwänden auch Ressentiments gegen die »Linksrümpel« hervorbringen. Viele glauben, die Grünen wollten das Fleischessen verbieten. In rechtsradikalen Kreisen heißt es, die Linksliberalen betrieben einen »Schwulenkult« und wollten den Kommunismus einführen. Die Linksliberalen wiederum neigen dazu, auch sachlich begründete Kritik an ihrer Ideologie als Ressentiments abzutun. Ergriffen von ihrer Weisheit und über jeden Zweifel erhabenen Moral können sie sich jeglichen Einwand gegen ihre vermeintlich fortschrittlichen Vorhaben nur als Ausdruck rechter Gesinnung erklären.

Neben ihrer unerschütterlichen Überzeugung, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben, haben die Linksliberalen noch zwei weitere Alleinstellungsmerkmale: zum einen das manichäische Denken in Opfer- und Tätergruppen; zum anderen die Überzeugung, mit den Mitteln der Sprache die Welt verbessern zu können. Allzu weit sind sie damit noch nicht gekommen. Auch das Bestreben, sich mit moralischem Sprechen als Bessermensch zu gerieren, verfängt nur im eigenen Milieu. Doch bleiben Linksliberale ohnehin am liebsten unter sich. Da fällt es dann auch nicht weiter auf, wenn Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen.

Einführung: Die Moralelite – Geld spielt keine Rolle

Im Juni 2019 stattete der Lieblingssoziologe der Grünen, Armin Nassehi, der *taz* einen Besuch ab. Chefreporter Peter Unfried interviewte ihn zum Thema Klimawandel. Einleitend schrieb Unfried:

»Deutschlands wichtigster Gegenwartsanalytiker kommt morgens um 10 Uhr in die *taz*-Kantine in Berlin-Kreuzberg. ... Nassehi ist aus München eingeflogen für einen Spottpreis, das ist halt so. Am Nachmittag trifft er eine Spitzenpolitikerin, am Abend geht er ins klassische Konzert. Jetzt soll er erklären, warum über die Zukunft nicht entscheidet, ob Grün-Rot-Rot oder Grün-Schwarz regiert.«¹

Nun könnte man fragen, warum Nassehi zwar die Zeit fand, ins Konzert zu gehen, nicht aber für die etwas längere Anreise mit dem Zug, doch die Antwort steht ja im Text: »Das ist halt so.« Soll heißen: Nassehi ist enorm wichtig und obendrein kultiviert. Als »Meisterdenker der Grünen«,² wie Unfried ihn auch nennt, darf er gerne mal fünfzehn gerade sein lassen; ihn für sein umweltschädliches Verhalten zu kritisieren, wäre »populistisch«. So wie es natürlich auch populistisch wäre, Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer des Abmahnvereins Deutsche Umwelthilfe, für seine Vielfliegerei zu kritisieren. Der *Spiegel* hatte im Jahr 2007 aufgedeckt, dass Resch dem Hon-Circle angehörte, »einem kleinen, erlauchten Kreis von knapp 3000 Lufthansa-Vielfliegern«.³

Schon die alten Römer wussten: »Quod licet Iovi, non licet bovi« – was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt. Diese Maxime galt von jeher auch für linke Eliten, entgegen ihrem Anspruch, möglichst gleiche Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. So gönnte sich die SED-Führung bekanntlich allerlei Annehmlichkeiten, die dem gemeinen Volk verwehrt blieben. Die Parteibonzen in Nordkorea leiden niemals Hunger. Und in Venezuela können die bestens versorgten Günstlinge des sozialistischen Regimes partout nicht verstehen, warum inzwischen bereits mehr als 7 Millionen ihrer Mitbürger das Land verlassen haben. Je mehr sich ein elitäres Milieu vom Rest der Gesellschaft abschottet, desto weniger fällt seinen Mitgliedern ihre Doppelmoral noch auf. Wie das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) feststellte, neigen Grünen-Anhänger in besonderem Maße dazu, unter sich zu bleiben. 62 Prozent gaben an, größtenteils andere Grünen-Sympathisanten zu kennen. Nur unter den AfD-Anhängern war mit 50 Prozent ein ähnlich hoher Wert zu verzeichnen.⁴

Deshalb findet Unfried nichts dabei, wenn er lapidar feststellt: »Das ist halt so.« Wieso kommt der umweltbewusste Professor mit dem Flugzeug und warum nimmt er einen Billigflieger? – Weil er es kann! Und weil es den Vordenkern der Moralelite nicht wirklich darauf ankommt, die breite Masse für ihre Ziele zu gewinnen. Vielmehr setzen sie darauf, ihre als alternativlos angesehenen Anliegen mithilfe ihrer Unterstützer in den Medien, in »der« Wissenschaft und in der sogenannten Zivilgesellschaft schon irgendwie durchzuboxen. Unfried hat dieses spezielle Demokratieverständnis, bezogen auf die Gegner der identitären Linken, einmal wie folgt zum Ausdruck gebracht:

»Was die Angreifer ›linksgrün versifft‹ nennen, ist nichts anderes als der normative Kulturkanon der Mehrheitsgesellschaft. Wobei ›Mehrheit‹ sich eben auch auf die Hegemonial-

kraft derjenigen beziehen könnte, die den Lebensstil der Postmoderne überzeugt pflegen – nicht auf die Zahl.«⁵

Andere mögen die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, die Grünen, die SPD und die kümmerlichen Reste der Linkspartei haben die Moral auf ihrer Seite. Und Moral muss man sich leisten können. Die Mitglieder der Moralelite sind stolz darauf, dass sie es können – und damit indirekt auch auf ihren Geldbesitz, der es ihnen ermöglicht, sich mittels Elektro-SUV, Solardach, vegetarischer Biokost und CO₂-Kompensationen für ihre zahlreichen Flugreisen ein gutes Gewissen zu verschaffen. In ihrer Selbsteinschätzung geht es den sogenannten Linksliberalen niemals nicht um Distinktion, sondern ausschließlich um höhere Ziele wie »Klimaretterei« und Menschenrechte.

Ein fettes Bankkonto und eine sichere Anstellung helfen ungemein dabei, von den negativen Begleiterscheinungen linksliberaler Politik nichts mitzubekommen. Und so ist der typische Linksliberale eine großstädtische Akademikerin mit gutem Einkommen und sicherem Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst. Vielleicht arbeitet sie auch in einem mäßig entlohnerten Teilzeitjob und findet es irgendwie ungerecht, dass sie als Germanistin nicht so viel verdient wie ihr Mann, der als Softwareentwickler arbeitet. Das finden auch ihre ebenfalls den Grünen zugeneigten *Freund*innen*. Mit Angehörigen der unteren Schichten kommt sie nur selten in Kontakt. Die Putzfrau spricht kaum Deutsch, der Paketbote ebenso wenig, und wenn einmal ein Handwerker vorbeischaut, dann ist er komischerweise immer kurz angebunden. Der Freundeskreis unserer typischen Linksliberalen besteht größtenteils aus anderen Linksliberalen, die ebenfalls keine finanziellen Sorgen kennen.

Wir reden hier nicht von Linksliberalismus im klassischen Sinne. Genauso wenig wie die britische Labour Party heute noch eine Arbeiterpartei ist oder die SPD sozialdemokratisch, sind diejenigen, die heute gemeinhin als Linksliberale bezeichnet werden,

linksliberal. Im klassischen Sinne links ist die SPD schon seit Langem nur noch, wenn gerade Wahlen anstehen, und die Grünen waren es noch nie. Liberal sind die sogenannten Linksliberalen nur nach deutschen Maßstäben: »Was mir wichtig ist, muss erlaubt sein; was ich nicht brauche, darf gerne verboten werden.« Das soll uns aber nicht weiter stören. Denken wir uns einfach immer Anführungszeichen dazu.

Die programmatischen Unterschiede zwischen den linksliberalen Parteien in Deutschland sind marginal. So diffus, wie ihr politisches Programm geworden ist oder im Falle der Grünen schon immer war, so diffus sind auch die Selbsteinordnungen der Funktionsträger. Je nach Parteiflügel und persönlichen Vorlieben bezeichnen sich die einen als linksliberal, die anderen als progressiv, oft nutzen sie auch beide Begriffe je nach Lust und Laune. So wollen wir es auch halten. Die Begriffe »Linksliberale« und »Progressive« werden in diesem Buch synonym verwendet. Hin und wieder wird auch die Bezeichnung »Pseudolinke« gebraucht, wenn sich Vertreter der Moralelite dezidiert als links gerieren.

In ihrer Eigenwahrnehmung sind die Anhänger der sogenannten linksliberalen Parteien durchaus linksliberal. Im Herbst 2021 bezeichneten sich rund zwei Drittel der SPD-Anhänger als links und ebenfalls zwei Drittel als liberal.⁶ Unter den Grünen-Anhängern hielten sich 70 Prozent für links und drei Viertel für liberal.⁷ Gut möglich, dass die verbliebenen SPD-Anhänger in ihrer Selbsteinschätzung heute noch linker und liberaler sind. Wird doch die alte Tante SPD den Grünen immer ähnlicher, je mehr sie ihnen naheifert und ihre Anhängerschaft zusammenschrumpft. Ein Teufelskreis.

Schauen wir uns etwas genauer an, wie die dem linksliberalen Spektrum zugehörigen Parteien sich selbst einordnen. Die Linken verstehen sich naturgemäß noch am ehesten als links. Auch einige SPD-Politiker nehmen zwar hin und wieder noch das Wort »links« in den Mund, doch wirklich zuhause fühlt sich die frühere

Partei der kleinen Leute in der sogenannten Mitte. Als die Grünen sich im Jahr 1980 in Karlsruhe gründeten, waren neben Alternativen, maoistischen K-Gruppen und Wertkonservativen auch Reaktionäre dabei. Worauf sich alle einigen konnten, war der Wahlspruch: »Nicht rechts, nicht links, sondern vorne.« Die Rechten verabschiedeten sich zwar bald aus der Partei, doch auch heute noch bezeichnen sich führende Grüne eher als progressiv denn als links. Das hat den Vorteil, sich keinen Fußbreit aus der Mitte herausbewegen zu müssen. Denn Parteien, die sich mehr als nur ein Stück weit, ob nach links oder rechts, von dieser ominösen Mitte entfernen, in der sich auch die Union und die FDP zuhause fühlen, sind dem Kapital nicht geheuer und gelten den Mainstream-Medien als Extremisten.

Die »linke Mitte«, in der sich SPD und Grüne zuhause fühlen, unterscheidet sich nur unwesentlich von der »Neuen Mitte«, in der sich die SPD unter Gerhard Schröder positionieren wollte, um einen »dritten Weg« zwischen dem angeblich alternativlosen Neoliberalismus und klassischer sozialdemokratischer Politik einzuschlagen. An der neoliberalen Grundausrichtung der SPD wie auch der Grünen hat sich kaum etwas geändert, nur spricht man nicht mehr so offen darüber wie zu Zeiten der Agenda-Politik in der ersten Hälfte der Nullerjahre. Stattdessen vertreten die Linksliberalen in Deutschland wie auch in anderen Ländern verstärkt eine Politik, für die die amerikanische Philosophin Nancy Fraser den Begriff »progressiver Neoliberalismus« geprägt hat. Der Klassenkampf wurde endgültig ad acta gelegt und klassische Sozial- durch Identitätspolitik ersetzt.

Vorgelblich bemühen sich die Linksliberalen darum, den Neoliberalismus gerechter zu gestalten, indem sie tatsächlich oder angeblich wegen ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Identität benachteiligten Minderheiten zu ihrem Recht verhelfen. Nicht mehr Ausbeutung, sondern Diskriminierung steht im Fokus der Linksliberalen. Für das untere Drittel der Gesell-

schaft fordern sie Respekt und Anerkennung statt Umverteilung. Wenn multinationale Unternehmen so gut wie keine Steuern zahlen und ihre Beschäftigten mit Niedriglöhnen abspeisen, finden sie das zwar nicht wirklich gut, unternehmen aber auch keine allzu großen Anstrengungen, daran etwas zu ändern. Viel wichtiger ist aus ihrer Sicht, dass Frauen und Männer, Einheimische und Zugewanderte das Gleiche bekommen und die Arbeitsverträge in »geschlechtergerechter« Sprache abgefasst sind.

Eine Besonderheit des deutschen Parteiensystems ist, dass das linksliberale Spektrum von den Grünen dominiert wird. In den meisten anderen Ländern wird der Linksliberalismus zuvorderst von sozialdemokratischen Parteien getragen. In der öffentlichen Wahrnehmung wird bei uns daher mit »linksliberal« eine Politik assoziiert, die sich neben Antidiskriminierung und offenen Grenzen auch Umwelt- und Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben hat. Viele glauben, eine Partei stehe umso weiter links, je vehementer sie für offene Grenzen und Klimaschutzmaßnahmen eintrete. Daher rührt das Missverständnis vieler Konservativer und Rechtsradikaler, auch die CDU-Politik unter Kanzlerin Angela Merkel sei irgendwie links gewesen. Mit Klimapolitik war da zwar nicht viel, aber immerhin wurde viel darüber geredet und der Atomausstieg beschlossen, der dem grünen Milieu noch ein wenig wichtiger ist als der Klimaschutz.

Doch wer sind eigentlich diese Grünen-Wähler? Und wer wählt heutzutage noch die SPD? Die Grünen werden nicht zu Unrecht als Partei der Besserverdienenden bezeichnet. Neben den FDP-Anhängern verfügen ihre Wähler über die höchsten Einkommen. Die Einkommensunterschiede zu Unions-Anhängern sind allerdings nicht so groß, dass sie allzu viel erklären würden. Aufschlussreicher ist der hohe Anteil an öffentlich Bediensteten. Im August 2021, als die Grünen in den Umfragen bei 19 Prozent lagen, unterstützten sie 28 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Unter den Beamten waren es sogar 32 Prozent.⁸ Grünen-Anhänger

haben überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse. Die meisten von ihnen leben in Großstädten im Westen der Republik. Im Osten findet man Grünen-Anhänger am ehesten noch in Universitätsstädten.⁹ Rund 60 Prozent der Grünen-Wähler sind Frauen. Besonders beliebt sind die Grünen bei der neuen akademischen Mittelschicht in den gut bezahlten Segmenten des Dienstleistungssektors, vor allem im Bildungsbereich und in den Medien.¹⁰

Die SPD-Anhängerschaft ist in den letzten Jahren nicht nur massiv geschrumpft, auch ihre soziodemografische Zusammensetzung hat sich stark verändert. Im Jahr 2021 neigten neben Beamten und Angestellten auch noch viele Arbeiter der SPD zu.¹¹ Von denen, die ihre wirtschaftliche Situation als schlecht einschätzen, stimmten bei der Europawahl 2024 32 Prozent für die AfD. Nur 11 Prozent wählten noch die SPD, 6 Prozent die Grünen und 3 Prozent die Linke.¹² Beliebt ist die SPD vor allem noch bei Rentnern, die sie wohl aus alter Gewohnheit wählen. Offenbar wird die schrumpfende SPD-Wählerschaft den Grünen-Anhängern immer ähnlicher, je stärker die Partei ihre Politik von den Grünen kopiert.

Ein Blick auf die von SPD- und Grünen-Wählern geäußerten Sorgen bestärkt diesen Eindruck. So befürchten nur 27 Prozent der Grünen- und 39 Prozent der SPD-Wähler, ihren Lebensstandard nicht halten zu können, weniger als die Anhänger aller anderen Parteien.¹³ Auch hinsichtlich der Sorge vor wachsender Kriminalität belegen Grünen-Wähler mit 24 Prozent und SPD-Wähler mit 43 Prozent die letzten beiden Plätze. Gleiches gilt für die Furcht vor einem wachsenden Einfluss des Islam in Deutschland (Grüne: 25 Prozent, SPD: 46 Prozent) und vor zu viel Zuwanderung (Grüne: 15 Prozent, SPD: 36 Prozent).

Aber auch Linksliberale haben Sorgen, wenn auch keine materiellen. Wie kaum anders zu erwarten, sorgen sich die Grünen-Wähler am stärksten davor, »dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört« (94 Prozent), gefolgt von den SPD-Wählern mit 73 Prozent.¹⁴ Des Weiteren fürchtet sich die große Mehrheit